französischen Protektorat machte. Hierin lag ein Wortbruch gegenüber Italien, den man sich glaubte leisten zu können, weil Italien schwach war. Es hatte soeben erst seine innere Einigung vollzogen und war so sehr mit dem inneren Aufbau beschäftigt, daß es außenpolitisch nicht Front gegen eine Großmacht machen konnte.

Tunis war französisch. Die Italiener jedoch besaßen bereits Schulen, Postämter, Banken, Eisenbahnen, Industrien, Handelshäuser und Schiffahrtsgesellschaften. Sie waren hier die europäischen Pioniere. Und sie blieben es auch in der Folgezeit. Frankreich stellte die Verwaltungsbeamten, aber Italien die Handwerker, Kleinbauern, Fischer, Gewerbetreibenden, und gegenwärtig leben in Tunis etwa hunderttausend Italiener, während die französische Schicht noch immer verhältnismäßig dünn ist. Von italienischer Seite wird mit Recht ein Gegensatz hervorgehoben und etwa wie folgt formuliert: Frankreich hat durch Beamte und Polizei von Tunis Besitz ergriffen, Italien durch seine Bevölkerung. Italien sei diejenige europäische Nation, die in Tunis lebe und arbeite. Hier liegt nun ein sehr wesentlicher Punkt der gegenwärtig klaffenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Rom. Frankreich bemüht sich, seine bevölkerungsstatistische Unterlegenheit auszugleichen. Es greift dabei zu eigenartigen Methoden. Sehr stark ist nämlich in Tunis das eingeborene jüdische Element vertreten; es zählt über fünfzigtausend Köpfe. Während des Weltkrieges wurden diese Juden noch nicht zu den Franzosen gerechnet. Sie erhielten keine Gestellungsbefehle, und gerissen machten sie sich die Gunst des Augenblicks zunutze, sich in den Besitz des gesamten Handels zu setzen. Sie sind heute die Kapitalisten. Aus den ärmlichen Wohnungen in den Ghettos zogen sie in die Prachtstraßen der Städte. Gleichzeitig nisteten sie sich in der Verwaltung ein, und mag es sich um Gemeindeorgane handeln, um die Gerichtsbarkeit oder um die Protektoratsregierung, überall sind heute die Juden maßgeblich beteiligt. Paris erleichtert den eingeborenen Juden auf jede Weise die Erlangung des französischen Bürgerrechts, und sie machen davon in weitestem Umfange Gebrauch. Dieses Judentum, das kaum vier vom Hundert der Gesamtbevölkerung ausmacht, hält die Fäden in der Hand. Es ist auch die treibende Kraft bei den italienfeindlichen Kundgebungen, wie es andererseits die kommunistischen Hetzer stellt, die dem Pariser Kolonialministerium schon mehrfach ernste Sorge bereitet haben. Die eigentlichen Eingeborenen allerdings stehen hier wie überall in der arabischen Welt in einer starken Abwehrstellung gegen das Judentum und sind eher italien- als franzosenfreundlich.

Aber Frankreich betreibt auch die „Naturalisation" der Italiener. Wer die italienische Staatszugehörigkeit aufgibt, erfährt eine Vorzugsbehandlung. Wer auf sie verzichtet, wird schikaniert. Ferner macht sich die französische Republik das Gesetz zunutze, das bestimmt, daß jedes auf französischem Boden geborene Kind europäischer Eltern ohne weiteres französischer Staatsbürger wird. Infolgedessen sind die nationalgesinnten italienischen Mütter gezwungen, wenn sie ihrer schweren Stunde entgegensehen, die Seereise nach Sizilien anzutreten, um dort die Geburt abzuwarten. Die zahllosen Schwierigkeiten haben im Laufe der Zeit, insbesondere vor der Festigung des nationalen Gewissens durch den Faschismus, viele Italiener dazu bestimmt, die französische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Aber diese sind dadurch nicht Franzosen geworden, sondern nach Sprache, kultureller Zugehörigkeit und mit ihrem Herzen Italiener geblieben. Frankreich verfügt, argumentiert man nun in Rom, zur Rechtfertigung seines Besitzes über kein anderes Mittel als das, Italiener im Zwangsfranzosen zu verwandeln. Dem stellt das Imperium das durch die geographische Lage und durch die Geschichte bedingte Recht Italiens auf Tunis gegenüber und betont, daß die Probleme nur gelöst werden können, indem man sie in Einklang mit den natürlichen Gegebenheiten bringt.

Beran: „Vor allem Freundschaft mit dem Deutschen Reich"

Prag will den neuen Machtverhältnissen in Europa voll Rechnung tragen

Prag, 13. Dezember.

Am Dienstag verlas Ministerpräsident Beran im Prager Abgeordnetenhaus seine mit Spannung erwartete Regierungserklärung. Zum Eingang betonte er, daß sich die Grundlage des ganzen Lebens für die Tschecho-Slowakei geändert habe. Es sei daher sicher, daß weder im Programm noch in den Methoden jene Politik fortgesetzt werden könne, die bis zur Septemberkrise durchgeführt wurde. „Unsere internationalen Beziehungen sind heute von der neuen geographischen Lage und von den neuen Machtverhältnissen in Europa bestimmt; unsere innere Ordnung ist ebenfalls verändert. Das Verhältnis zwischen den tschechischen, slowakischen und karpatho-ukrainischen Ländern wird auf neuer Grundlage geregelt."

Die Neugestaltung der Außenpolitik

Der Ministerpräsident umriß dann kurz die bereits erfolgten Aenderungen und fuhr fort: „Jeder Versuch der Rückkehr zu den alten Verhältnissen würde vom Volk schärfstens abgelehnt werden. Wir sind uns bewußt, daß wir keine politische Bewegung dulden können, die nicht heimischen Wurzeln entsprungen ist. Unsere Außenpolitik ist hinsichtlich ihrer Ziele, Mittel und ihres Inhaltes neu. Im Zuge der Ereignisse dieses Jahres wurden nicht nur unsere Grenzen berührt, sondern es wurden zahlreiche Werte der Weltpolitik der Großmächte erschüttert, die bisher als unantastbar galten. Wir sind nicht und wollen auch nicht blind sein gegenüber diesen Veränderungen; wir werden unsere Außenpolitik den Tatsachen anpassen, ebenso die Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse. Das klare Ziel der Regierung ist: Dem Staat und den Nationen den Frieden zu retten!

Es handelt sich für uns vor allem um die Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses mit unserem größten Nachbarn, mit dem Deutschen Reich. Dieses für uns so wichtige Verhältnis wartet auf eine Verbreiterung. Wir sind der Ansicht, daß durch direkte Fühlungnahme der Staatsmänner beider Länder diese Lösung beschleunigt und vertieft wird.

Innenpolitik auf neuem Kurs

Ein gutes Verhältnis wollen wir sowohl zu Polen als auch zu Ungarn anstreben. Rumänien und Jugoslawien schulden wir Dank für Freundschaft und Loyalität. Wir werden alles tun, um die traditionellen Freundschaftsbande mit diesen beiden Staaten zu vertiefen. Ich bin erfreut, daß sich unser Verhältnis zu Italien so entwickelt, wie es dem Wunsche unseres Volkes und der Tradition auf beiden Seiten entspricht. Wir werden die Beziehungen mit allen anderen Staaten, besonders aber mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhalten und vertiefen. Die Armee, die der dauernde Ausdruck der Einheit der Tschechen, Slowaken und Karpatho-Ukrainer bleiben wird, bereitet die Rückkehr in die normalen Verhältnisse vor.

„Ich bin mir bewußt", so schloß Beran seine mehrstündige Rede, „daß die Regierung nur dann ihre Aufgabe mit Erfolg erfüllen wird, wenn sie vom Vertrauen des Volkes unterstützt wird. Dieses Vertrauen will ich mir durch Taten erkämpfen."

Neue Forderungen der Hitlerjugend an die Schule

Leistungssteigerung in den Volksschulen – Sachsen auf dem Wege zu einer neuen Form

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Dezember.

In der Frage: Wie können die beiden Erziehungsfaktoren Schule und Hitlerjugend mit Erfolg am gemeinsamen Werk der Erziehung der Jugend schaffen? tritt jetzt die Hitlerjugend mit einem umfassenden Programm vor die Oeffentlichkeit, das im einzelnen die Reichsjugendführung am Dienstag auf einem Presseempfang in Berlin erläuterte. Dieses Programm berührt u. a. die Probleme der überfüllten Schulklassen, des Lehrermangels und der Selbstverantwortung der Jugend.

Im einzelnen sagt das Programm u. a.: Viele Wissens- und Arbeitsgebiete, die heute die allgemein bildende Schule zu behandeln sich bemühe, sollten besser den Berufs- und Fachschulen überlassen bleiben. Es müsse also geprüft werden, ob nicht durch eine Belastung der Lehr- und Stoffpläne etwa mit Kurzschrift, Maschineschreiben, Buchführung usw. die allgemeinbildenden Schulen abgezogen würden von ihren ursprünglichen Aufgaben, dem jungen Menschen ganz nüchtern, aber nachdrücklich gutes Schreiben und Lesen und richtiges Rechnen beizubringen. Dringend sei im Augenblick eine materielle Sicherung in der Ausbildungszeit der Lehrer.

Lehrer und Jugendführer

Es werden folgende Vorschläge gemacht: Schon während des Besuches der Oberstufen der höheren Schulen soll die Förderung Begabter für den Erzieherberuf besonders geeigneter junger Menschen im weitesten Maße einsetzen. Die Hochschulen für Lehrerbildung müßten uneingeschränkt in die soziale Arbeit der akademischen Anstalten und in die Förderung, Speisung und Heimunterbringung durch Studentenwerke einbezogen werden. Eine Zusammenfassung des Stipendienwesens, das nicht mehr der örtlich verschiedenen Mittelbereitschaft anheimgegeben wäre, würde zugleich auch eine Konzentrierung der Möglichkeiten und sicher auch eine wesentliche Steigerung des Erfolges gewährleisten. Auch an den Lehrerhochschulen müßten Kameradschaftsheime eingerichtet werden. Mit allen Mitteln sei die Frühehe junger Lehrer zu fördern.

Die Einheit der Erziehung verlange heute einen gleichen Typ. Lehrer sollte in Zukunft der werden, der in der HJ durch die Führung seiner Einheit gezeigt habe, daß erzieherische Fähigkeiten und Hingabebereitschaft einer Führernatur in ihm steckten. Somit würde eine Verbindung des Berufes von Lehrer und Jugendführer erreicht werden. Durch eine Vereinbarung in Sachsen sei dieser Weg bereits beschritten worden. Der Lehrer im Dorfe müsse künftig Lehrer und Jugendführer in einer Person sein.

Die Einzelanregungen der HJ werden in dem Führerorgan „Wille und Macht" entwickelt. In „Wille und Macht" betont Günther Kaufmann, wir würden nur dann für immer eine nationalsozialistische Weltanschauung im Herzen unserer Jugend verwurzeln, wenn wir die Einheit der Erziehung in Schule und HJ herstellen. Er verweist auf den bedrohlich schwächer werdenden Zustrom zum Lehrerberuf ausführlich. Die Auswirkungen müßten das weitere Zusammenlegen von Schulklassen und damit der Leistungsminderung der Schüler mit Rückwirkungen auf das Berufsleben sein. Schon heute aber seien Wehrmacht und Wirtschaft nicht zufrieden mit dem Leistungsvermögen der Volksschulen. Anderseits zeige die Jugend im Beruf, Sport und Jugendarbeit eine ausgesprochene Leistungssteigerung. Eine schleunige Wandlung in der Schule sei schon durch die Wehrhaftmachung und den Vierjahresplan geboten.

Schöne Festgeschenke
in reicher Auswahl
bei Brillen-Roettig
Prager Straße 25

Angriffe aus Paris gegen Chamberlain

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Dezember.

Eine Anzahl von französischen Oppositionsblättern läuft heute Sturm gegen Premierminister Chamberlain und dessen gestrige Unterhauserklärung, daß für England keine vertragliche Verpflichtung bestehe, im Falle eines italienischen Angriffs auf französisches Gebiet Frankreich Hilfe zu leisten. Die Angriffe dieser Oppositionszeitungen in Paris richten sich nun weniger gegen das, was Chamberlain wirklich gesagt hat — denn das entspricht nun einmal den Tatsachen und kann von niemand abgeleugnet werden —, als vielmehr dagegen, daß der Premierminister darüber hinaus auch nicht ein weiteres Wort über das Bündnis England—Frankreich für nötig gehalten habe. Was wollen diese Kreise, die sich vor allem um Blum und Kerillis gruppieren, von Chamberlain als englische Erklärung gern hören? — Sie sagen es selbst in ihren Blättern: „Kein Konflikt unter Großmächten ließe sich heute lokalisieren. Es sei fraglich, ob Großbritannien Machtverschiebungen im Mittelmeer neutral ansehen könnte. Frankreich und England gehörten automatisch zusammen, usw." Genau also wie im Falle der Tschecho-Slowakei versucht man jetzt eine politische Festlegung Großbritanniens. Eine gewisse Beruhigung für die erwähnten ängstlichen Gemüter soll wohl nun eine Mitteilung von Havas sein, die zur Erklärung Chamberlains folgendes schreibt: „Es gibt in der Tat keine ausdrückliche Verpflichtung Großbritanniens gegenüber Frankreich derart, wie sie der Abgeordnete John Morgan zum Gegenstand seiner Anfrage gemacht hat. Aber angesichts des Interesses, das Großbritannien während der Septemberkrise an der Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Frankreichs gezeigt hat, ist es wenig wahrscheinlich, daß eine solche Möglichkeit Großbritannien gleichgültig lassen könnte."

Darüber hinaus glauben Pariser Rechtsblätter sich in der Hoffnung wiegen zu können, daß Chamberlain nur Rücksicht auf Mussolini genommen hätte und im übrigen selbstverständlich — ungeachtet der Rechtslage — im Falle eines französisch-italienischen Konflikts die Neutralität Englands nicht aufrechterhalten würde. Aber jetzt, kurz vor seiner Romreise, wolle der Premierminister wohl doch — so heißt es in diesen Blättern — den Duce nicht vor den Kopf stoßen, und er trage sich wohl mit der Absicht, mündlich in Rom alles zu besprechen, ehe er selbst öffentlich Stellung zu den Dingen im Mittelmeer nehme.

Frankreichs Botschafter in London vorstellig

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

London, 13. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Erklärung Chamberlains vom Montag, in der er feststellte, England sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen, die es zur Hilfeleistung für Frankreich gegenüber Italien nötige, wurde der französische Botschafter in London, Corbin, am Dienstag im hiesigen Außenministerium vorstellig, um die Haltung der englischen Regierung deutlicher umrissen zu wissen. Dem Vernehmen nach soll ihn Lord Halifax dahin beruhigt haben, England fühle sich durch die Gemeinsamkeit der Interessen mit Frankreich verpflichtet, Frankreich zu unterstützen. Dabei spiele die Tatsache keine Rolle, daß in diesem Sinne kein staatsrechtliches Abkommen getroffen worden sei.

Weiter wird bekannt, daß der englische Botschafter in Paris, Sir Eric Phipps, beauftragt wurde, der französischen Regierung diese Haltung seiner Regierung zu übermitteln.

Französische Fehlschlüsse berichtigt

Rom, 13. Dezember.

Der Direktor des „Giornale d'Italia" unterstreicht das Erstaunen der Pariser Kreise über die Erklärung Chamberlains, deren Bedeutung sich aus ihrem Wesen und dem Zeitpunkt ergebe, zu dem sie erfolgt sei. Die Erklärungen Chamberlains berichtigten, wie das halbamtliche Blatt betont, einen der französischen Fehlschlüsse, die zusammen mit der künstlich hervorgerufenen Alarmstimmung dazu geführt hätten, Probleme zu verzerren, die Sache des Verantwortungsbewußtseins der Regierungen und nicht von Straßenkundgebungen sein sollten. Die Erklärungen von Chamberlain stellten auch eine stillschweigende Aufforderung an Frankreich dar, seine Absichten und Reaktionen schärfer zu kontrollieren und den ungelösten Problemen mit einem Geist freimütigerer Versöhnlichkeit und klareren Verständnisses zu begegnen. Allerdings müsse man sich fragen, ob diese elementaren Wahrheiten in Frankreich richtig verstanden würden.

Glückwunsch des Führers an König Georg

Berlin, 13. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler hat Sr. Majestät dem König von England zum Geburtstage drahtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Neue Bestimmungen zur Vermögensabgabe der Juden

Nur wenig belastete Grundstücke werden vom Reich in Zahlung genommen

Berlin, 13. Dezember.

Der Reichsminister der Finanzen teilt mit: Auf die Judenvermögensabgabe können in Ausnahmefällen Wertpapiere und Grundstücke in Zahlung gegeben werden. Nachdem bereits die Vorschriften über die Inzahlungnahme von Wertpapieren erschienen und in der Presse verbreitet worden sind, liegen nunmehr auch die Bestimmungen über die Inzahlungnahme von Grundstücken vor.

Grundstücke werden auf die erste Teilzahlung der Judenvermögensabgabe, die am 15. Dezember 1938 fällig ist, nur dann in Zahlung genommen, wenn der Abgabepflichtige keine Barzahlung leisten kann und auch keine Wertpapiere besitzt, die er in Zahlung geben kann.

Die Grundstücke werden zu einem Wert angenommen, der dem derzeitigen gemeinen Wert entspricht und für jeden einzelnen Fall von dem Oberfinanzpräsidenten festgesetzt wird. Der Antrag auf Inzahlungnahme eines Grundstücks ist an das für die Judenvermögensabgabe zuständige Finanzamt zu richten. Dieses hat zu prüfen, ob der Abgabepflichtige nicht in der Lage ist, die Abgabe in anderer Weise zu tilgen.

Von der Inzahlungnahme ausgeschlossen sind solche Grundstücke,

1. die mehreren Eigentümern gehören, sofern nicht sämtliche Eigentümer ihre Anteile dem Reich übertragen;
2. die überlastet sind oder bei denen nach Abzug der Belastungen und der Unkosten ein unverhältnismäßig niedriger Wert zur Deckung der Abgabe zur Verfügung stehen würde;
3. deren Wert nach Abzug der Belastungen und der Unkosten die Abgabe übersteigt.

„Keine törichten Phrasen, Mister Eden!"

London, 13. Dezember.

Verteidigungsminister Inskip sprach gestern abend in Reading und widmete in seiner Rede auch der Ansprache, die Eden in Amerika gehalten hat, einige kritische Bemerkungen. Der britische Verteidigungsminister wandte sich vor allem gegen die unpassende Bemerkung Edens, daß Sturm bevorstehe. Inskip sagte, daß er einen solchen Ausdruck nicht gebraucht haben würde. Man lebe wohl in einer Zeit, in der Wolken den Blick trübten, aber er persönlich würde keine Phrasen benutzen, die den Eindruck erweckten, als ob eine kluge und vorsichtige Staatskunst nicht in der Lage sein sollte, die Verwirrung zu lösen, unter der wir gegenwärtig leiden. Man sollte mit Hoffnung und nicht mit Furcht der Zukunft entgegensehen. Es sei seine (Inskips) Ueberzeugung, daß man unter der Führung des Ministerpräsidenten Chamberlain und von Lord Halifax selbst durch das „Elend der Gegenwart" hindurchkommen werde.

Eden von Roosevelt empfangen

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Newyork, 13. Dezember.

Der frühere britische Außenminister Eden wurde am Dienstag vom Präsidenten Roosevelt empfangen.

Elegantes Reisegepäck
GESCHENKE AUS LEDER
Adolf Näther
PRAGERSTRASSE 26
Damen-Taschen